

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Markus A.	Sachverhalt: Generalimporteurin für Autos. Sie verkaufen ein Diesel-Fahrzeug, welches nicht den Abgasreinigungsstandards entspricht. Käufer dieser Ware reklamiert. Was wird er rügen/wie wird er vorgehen? Mit was müssen Sie rechnen als Generalimporteur?	Rügen des einzelnen Kaufes. Hierzu könnte der Käufer ein Schlichtungsgesuch einreichen.
		Wie sieht es mit den kaufrechtlichen Bestimmungen aus?	Es sei festzustellen, dass eine Schlechtlieferung vorliege. Der Verkäufer sei zu verpflichten, ihm ein den umweltrechtlichen Standards entsprechendes Fahrzeug zu liefern.
		Hat der Käufer einen solchen Anspruch?	Slechtlieferung gestützt auf Art. 97 OR, da umwelttechnische Vorschriften einzuhalten sind/Einhaltung vorausgesetzt werden kann. Art. 184 ff. OR (kaufrechtliches Sachgewährleistungsrecht), insb. Art. 191 OR (Ersatzpflicht des Verkäufers) käme allenfalls in Frage.
		Annahme: Das Auto ist vor dem Kauf besichtigt worden durch den Käufer. Hat der Generalimporteur in diesem Fall eine Nachlieferungspflicht?	Wenn der Käufer genau ein bzw. dieses spezifische Auto wollte, welches er besichtigt hat, so ist keine Nachlieferungspflicht möglich.
		Bei der vorliegenden Nichteinhaltung der Abgasbestimmungen handelt es sich quasi um „ein paar Gramm CO <sub>2</sub> zu viel. Man kann hierdurch doch wohl nicht einfach den gesamten Kaufvertrag rückgängig machen. Was für Rechte des Käufers kämen in diesem Fall sonst noch in Frage?	Der Käufer könnte eine Mängelrüge geltend machen.
		Wie sehen die Fristen für eine Geltendmachung aus?	Sobald der Käufer Kenntnis vom Mangel hat, hat er die Rüge vorzubringen.
		Sehen Sie eine andere Möglichkeit ausser dem Rückgängigmachen des Vertrages?	Der Käufer könnte mindern.
		Wann kann der Käufer mindern, wann wandeln?	Der Käufer kann grundsätzlich wählen. Relevant ist die Frage nach der Erheblichkeit des Mangels.
		Wie lautet die abstrakte Grenze zwischen Minderung und Wandelung (steht im Gesetz)	

	<p>Sie als Generalimporteur fragen sich nun, dass eigentlich der Hersteller schuld ist. Wenn der Generalimporteur vom Konsumenten eingeklagt wird, wie könnte der Generalimporteur vorgehen?</p> <p>Was sind die Rechtswirkungen dieser?</p> <p>Annahme: Der Generalimporteur wird verurteilt. Was sind die Folgen?</p> <p>.....</p> <p>Wie sieht ein Urteil in diesem Falle (Streitverkündungsklage) aus?</p>	<p>In Frage kommt eine Streitverkündung nach Art. 78 ff. ZPO.</p> <p>Sie hat einen mittelbaren Effekt im Verhältnis Importeurin und Herstellerin (präjudizielle Folgen).</p> <p>Ungünstiges Ergebnis des Prozesses hat auch Auswirkungen gegenüber dem Nebenintervenienten (Hersteller). Es wird noch ein Prozess geführt werden gegen den Hersteller, aber gewisse Fragen werden vorfrageweise gelöst worden sein.</p> <p>Der Konsument klagt gegen den Generalimporteur und den Hersteller nach Art. 81 ff. ZPO (Streitverkündungsklage).</p> <p>Der prozessökonomische Zweck einer Streitverkündungsklage besteht gerade darin, dass nur ein Urteil gefällt wird.</p>
--	--	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	<p>Sachverhalt: Herr Immogrün ist Eigentümerin einer Liegenschaft, welche er 20 Jahre besessen und bewohnt hat. Er will die Liegenschaft an einen seiner beiden Söhne übertragen. Zahlen: ..... (Verkehrs-, Hypothekarwert etc.) Steuerrechtliche Folgen?</p> <p>System der bernischen Grundstückgewinnsteuer?</p> <p>Privat-/Geschäftsvermögen?</p> <p>Ausnahmen?</p> <p>Was genau geschieht beim Verkauf der Liegenschaft an den Sohn?</p> <p>Sind Verluste beim Grundstücksverkauf nur zu berücksichtigen, wenn es sich um einen Liegenschaftshändler handelt?</p> <p>Das Grundstück soll an den Sohn übertragen werden „ohne jede Verpflichtung“.</p> <p>Der Sohn veräussert die Liegenschaft nach 10 Jahren zu 1.2 Mio.</p> <p>Was geschieht mit der Differenz von 300'000.00(?). Diese wurde gar nie besteuert. Inwieweit könnte diese Nichtbesteuerung kritisch sein? („Faktische Steuerbefreiung“ im bernischen Steuergesetz?)</p> <p>Der Sohn erhält das Grundstück geschenkt, übernimmt aber die Hypothek.</p> <p>Herr Immogrün schenkt die Liegenschaft nicht seinem Sohn, sondern der Lebenspartnerin. Kann er sich auf Art. 131 Abs. 3 StG BE berufen?</p>	<p>Bund: steuerfreier Kapitalgewinn Kanton: Grundstückgewinnsteuer ist wichtig. Die Veräusserung des Grundstückes kann gegebenenfalls eine Steuerpflicht auslösen.</p> <p>Steueraufschubsfragen stellen sich noch nicht.</p> <p>Spezielle Veranlagung / spezialgesetzliche Regelung.</p> <p>Die Grundstückgewinnsteuer fällt an, wenn sich die Liegenschaft im Privatvermögen befindet. Gleiches gilt, wenn sich die Liegenschaft im Geschäftsvermögen befindet (sog. monistisches System im Kanton Bern).</p> <p>Ausnahme von der Grundstückgewinnsteuer: Bei „Handel mit Liegenschaften“. Hiervon kann gesprochen werden, wenn mind. 25% Aufwendungen etc. gemacht werden. Dann fällt keine Grundstückgewinnsteuer an.</p> <p>Berechnung des Rohgewinnes: Art. 137 StG BE (Erlös weniger Aufwandskosten) = 1.3 Mio. Besitzesdauerabzug (20 Jahre x 2 = 40%) ist nun noch vorzunehmen.</p> <p>Nein, auch Private können Verluste geltend machen: Art. 143 StG BE: Verluste können innerhalb einer 3-Jahresperiode vorgenommen werden.</p> <p>Aufschubstatbestand? „Unentgeltliche Übertragung“ (=Schenkung) nach Art. 133 Abs. 1 StG BE ist erfüllt, womit ein Steueraufschub zum Tragen kommt.</p> <p>Total liegen zu diesem Zeitpunkt 30 Jahre Besitzesdauer vor (Zusammenrechnen der Besitzesdauer Vater und Sohn). Art. 139 StG BE: Gestehungskosten in casu wäre der amtliche Wert oder das höhere Entgelt (letzteres haben wir in casu nicht).</p> <p>Mit Blick auf den Bund/Bundesrecht ist diese „Regelung“ harmonisierungskritisch.</p> <p>Art. 131 Abs. 3 StG BE (Steueraufschub)</p> <p>Die Lebenspartnerin würde wohl nicht von einem Steueraufschub profitieren.</p>

Art. 131 Abs. 3 StG BE: Erbvorbezug in casu?

Fällt der Vorbehalt einer Nutzniessung durch den Übertragenden noch unter den Tatbestand des Steueraufschubes?

Die Nutzung der Liegenschaft ist keine Gegenleistung, daher liegt Unentgeltlichkeit vor, womit auch hier Steueraufschub möglich ist.

Gesetzliche/eingesetzte Erben; Herr Immogrün müsste die Lebenspartnerin als Erbin einsetzen, damit ein Steueraufschub beantragt werden kann.

Art. 133 Abs. 3 StG BE sieht nichts ausdrücklich betreffend Nutzniessung vor.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Jäger	Sachverhalt: Bernmobil schreibt im sel. Verfahren aus, alle Kaffeemaschinen seien zu ersetzen. Zuschlagskonditionen: Preis, Lieferanten etc..... 4 Anbieter (A, B, C, D) reichen ein Angebot ein. A erhält den Zuschlag; darauf folgen an zweiter Stelle B, an dritter Stelle C und an letzter Stelle D.	
		C reicht fristgerecht Beschwerde ein. Bernmobil kommt zu Ihnen. C war preislich günstiger als A, sonst aber hat er kein besseres Angebot (übrige Kriterien) als A gemacht.	
		Wie sehen Sie die Chancen von Bernmobil bzw. die Risiken für C?	Der Wettbewerb der Submittenten soll mittels Submissionsverfahren gesteigert werden.
		Besonderheiten betreffend Verfahrensrecht im Beschaffungsrecht/-wesen?	Ablauf: Ausschreibung / Angebot / Verfügung / Vertragsabschluss
		Was müssen Sie als Anwalt der Bernmobil beachten? Was ist in dieser Situation anders als sonst/ im VRPG?	Die Schwellenwertgrenze. Erst ab einer bestimmten Schwelle kann ein Rechtsmittel (hier Beschwerde, nicht Einsprache) ergriffen werden. Die Beschwerdefrist von 10 Tagen ist zu beachten; zudem liegt eine beschränkte Kognition der Beschwerdeinstanz vor (Art. 14 XX). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.
		Welche Rechtsbegehren stellen Sie in der Beschwerdeantwort?	Die Beschwerde sei abzuweisen unter Kosten- und Entschädigungsfolgen.
		Der Beschwerdeführer stellt ein Begehren zur „Überprüfung der Sachlage“ unter Anbringen der Vergleichsbereitschaft. Auf welchem Rang lag C? Argumentationspotential?	C lag auf Rang 3. Eigentlich liegt kein Rechtsbegehren vor. Es fragt sich, ob die Beschwerdeinstanz überhaupt darauf einzutreten hat. Somit sind die Rechtsbegehren welche ich stelle folgendermassen zu formulieren: Auf die Beschwerde sei nicht einzutreten; eventualiter sei die Beschwerde abzuweisen. Im öffentlichen Recht sind insbesondere bei Laieneingaben die Formalia nicht zu streng zu bewerten.
		Wurde in casu durch C sinngemäss der Antrag auf Zuschlag gestellt?	Man kann es allenfalls so interpretieren, wenn man aus der Preisfrage argumentiert.
		Welches 2. Problem stellt sich bei der Legitimation von C?	C wurde nur Dritter. Folglich sind seine Zuschlagschancen noch geringer als die von B, welcher Zweiter wurde. C fehlt folglich die Beschwerdelegitimation.
		In casu hat C keine aufschiebende Wirkung der Beschwerde verlangt. Was sind die Folgen?	Vertragsverhandlungen mit A können parallel zum Beschwerdeverfahren fortgeführt werden und ein Vertragsabschluss wäre gültig.

		<p>Genauere Betrachtung der einzelnen Rügen von C: bspw. „Bevorzugung von ausserkantonalen Anbietern“ wird gerügt.</p> <p>Argument Preis? Warum ist dieser nicht alleine massgeblich?</p> <p>Leistung sei technisch und qualitativ gleich gut wie diejenige von A?</p> <p>Kann man mit diesen Rügen von C (inhaltlich) in casu überhaupt Erfolg haben?</p> <p>Warum ist die Vergabestelle in casu stark geschützt?</p>	<p>Auch ausserkantonale Anbieter sind „einzubeziehen“. Wenn nur bernische Anbieter in Betracht gezogen würden, fände ein Verstoss gegen das Gleichbehandlungsgebot resp. Diskriminierungsverbot statt.</p> <p>Es bestehen drei Zuschlagskriterien. Das Gesamtpaket ist für den Zuschlag entscheidend.</p> <p>Dies ist einzig eine Behauptung von C. Die Auswertung gab aber nicht dieses Ergebnis.</p> <p>Nur das Preisargument ist ein stichhaltiges Argument.</p> <p>Beschränkte Kognition der Beschwerdeinstanz.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	Sachverhalt: Bei einer Messerattacke erleidet das Opfer tödliche Verletzungen. Was für Auswirkungen hat der Tod des Opfers auf das Strafverfahren?	Im Hinblick auf die notwendige Verteidigung hat dies keine Auswirkungen.
		Was macht die Staatsanwaltschaft in solchen Situationen? Was machen wir wenn wir kein Opfer mehr haben?	Es sind Massnahmen zur Beweissicherung zu ergreifen. Allgemeine Sachverhaltsermittlungen haben zu erfolgen.
		Besteht eine Möglichkeit für die Angehörigen des Opfers, sich im Verfahren zu beteiligen?	Art. 117 Abs. 3 StPO → die Angehörigen können als Zivilkläger in die Rechtsstellung des Opfers eintreten und Zivilansprüche geltend machen.
		Weshalb können sich die Angehörigen nicht auch im Strafpunkt beteiligen?	Dies ist einzig das Privileg des Opfers.
		Annahme: Der Beschuldigte stirbt auch noch ein paar Monate später (nach der Tat).	Die Einstellung des Verfahrens ist zu prüfen. Ein Prozesshindernis nach StPO.
		Kann auch ein Strafverfahren gegen juristische Personen geführt werden?	Gemäss Art. 112 StGB besteht diese Möglichkeit.
		Was geschieht wenn die juristische Person im Handelsregister gelöscht wird?	Es wäre stossend, wenn man das Verfahren in diesem Fall nicht weiterführen könnte, nur weil das Unternehmen gelöscht wurde.
		Was ist wenn die Löschung nicht rechtsmissbräuchlich erfolgt, sondern aufgrund von Konkurs etc.?	
		Weiterer Sachverhalt: Als Rechtsvertretung der Privatklägerschaft haben Sie Strafanzeige gegen unbekannte Täterschaft eingereicht (Urheberrechtsverletzung). Darin wird geltend gemacht, 133 IP-Adressen (Anschlussinhaber) seien zu identifizieren. Nun wird verfügt, dass pro IP-Adresse Beweiskosten von CHF 250.00 auferlegt werden. Gleichzeitig wird verfügt, dass bei Nichtbezahlung der Beweiskosten durch Sie resp. die Privatklägerschaft die Beweisführung unterbleiben werde. Wie gehen Sie vor? Was bringen Sie vor?	Bei Gutachten können Beweiskostenvorschüsse verlangt werden.
		Bestehen ausser bei Gutachten weitere Möglichkeiten, um die Beweiserhebung von einem	In casu werden sehr aufwendige Beweisabnahmen beantragt.

	<p>Beweiskostenvorschuss abhängig zu machen?</p> <p>Im Strafrecht gilt der Grundsatz der Untersuchungsmaxime (=Beweise müssen grundsätzlich von Amtes wegen abgenommen werden). Was könnte aber in casu das Problem sein?</p> <p>Sie vertreten die Privatklägerschaft. Wie argumentieren Sie? Was für prozessuale Möglichkeiten haben Sie?</p> <p>In der Verfügung steht auch, dass ohne Bezahlung innert Frist keine Beweise erhoben werden. Dies führt somit faktisch zu einer Ablehnung der Beweisanträge / Nichterhebung der Beweise. Was können Sie hiergegen unternehmen?</p>	<p>Es handelt sich in casu um den Zivilkläger.</p> <p>Ich kann eine Beschwerde gegen die Verfügung erheben (Art. 393 Abs. 1 Bst. b StPO).</p> <p>Im Grundsatz bin ich der Meinung es sollte ein Vorgehen hiergegen möglich sein.</p>
--	---	--